

Grüne Werte - Deutsche Interessen

Schwerpunkte unserer internationalen Politik

Cruise Missile und Kosovo

Friedenspolitik – wie internationale Politik bei Grünen lange hieß – hat Grüne stark gemacht und gleichzeitig in große Niederlagen geführt. Im Kampf gegen die Nachrüstung haben wir 1986 das zweitbeste Wahlergebnis bei Bundestagswahlen erreicht. In der Auseinandersetzung um den Krieg im Kosovo haben wir 1999 bei den Europawahlen und bei 16 Landtagswahlen bis zur Hälfte unserer Wählerinnen und Wähler verloren. Auch wenn die Heftigkeit der Kontroversen gewichen ist, bei der Internationalen Politik liegen für Grüne Chancen und Risiken, Himmel und Hölle sehr nah bei einander.

Wir sollten uns dies vergegenwärtigen, wenn wir über die Schwerpunkte unserer internationalen Politik in dieser Legislaturperiode diskutieren. Die überwölbenden Frage lautet: Was können wir im Arbeitsfeld der Internationalen Politik dazu beitragen, dass es 2009 einen Wahlerfolg für Bündnis 90/Die Grünen gibt?

Das führt mich zu zwei methodischen Vorbemerkungen, bevor ich zum Inhalt komme.

Opposition will überwunden sein

Von Grünen wird zurzeit vor allem eines erwartet. Sie sollen *in der Opposition ankommen*. Was ist Opposition? Opposition ist ein Zustand, den es zu überwinden gilt.

Eine Partei, die Opposition als eigentlichen Zweck begreift, hat ihre Aufgabe verfehlt. Sie wird über kurz oder lang die Attraktivität der bayerischen SPD entwickeln – ohne einen Hauch von Innovation und mit dem strengen Geruch vom Leben im eigenen Lager.

Politische Parteien müssen danach streben, mit ihren Vorstellungen und Zielen in einer Gesellschaft hegemonial zu werden. Wenn ihnen, wie den Grünen, dies in einer Reihe von Fragen gelungen ist, müssen sie danach streben, solche gesellschaftlichen Mehrheiten auch in parlamentarische Mehrheit zu überführen, die aus gesellschaftlicher Mehrheit dann reale Veränderung der Gesellschaft werden lässt.

Ein Oppositionsverständnis, das meint, wir müssten in der Opposition unsere politischen Ziele neu definieren, wirft eine unangenehme Frage auf. Ändert Ihr Eure Politik erneut, weil Ihr wieder in der Regierung seid? Wer auf einem prinzipiellen Unterschied grüner Politik zwischen Opposition und Regierung beharrt, mag jetzt als besonders aufrecht erscheinen. Er kündigt doch nur den Opportunismus von morgen an.

Es ist daher klug, seine politische Positionierung zunächst in der Sache zu bestimmen und sie dann in die eigene Oppositionsstrategie einzuordnen. Das ist manchmal nicht so spektakulär vermeidet aber Peinlichkeiten. So hat sich die Partei von Hans-Dietrich Genscher in der aktuellen Kongodebatte aus oppositionellem Daffke Seit an Seit mit Oskar Lafontaine von einer seriösen Afrikanpolitik verabschiedet.

Es gibt eine grüne Außenpolitik

Es gibt deutsche Interessen und es gibt grüne Politik. Es gilt, zwischen Interessen und Politik zu unterscheiden. Die Internationale Politik der Grünen hat viel zu lange daran gekrank, diesen Unterschied ignoriert zu haben.

Der Streit um die Politik gegenüber Bosnien, die Kontroverse um den Kosovo war vom Gegenüberstellen von Politiken geprägt. Während die einen das völkerrechtliche Prinzip des Nichtangriffskrieges unterstrichen und gegen ein militärisches Eingreifen plädierten, bemühten andere gar die Analogie zu Auschwitz um eine militärische Intervention zu legitimieren. Beide Politikansätze wären glaubwürdig gewesen, wenn zur Diskussion auch gehört hätte, dass es mit einigen Hunderttausend ehemals jugoslawischer Migranten in Deutschland, dass es mit der geografischen Nähe veritable Sicherheitsinteressen Deutschlands gab, einer kriegerischen Auflösung Jugoslawiens nicht tatenlos zusehen, und dass es mittelfristig ökonomische Interessen für Deutschland gab, für stabile Verhältnisse auf dem westlichen Balkan zu sorgen.

Grüne sollten aufhören sich wegen des von Oskar Lafontaine so genannten „Jugoslawien-Feldzuges“ zu verstecken. Zum einen, weil Lafontaine diesen Krieg solange aktiv mit vorbereitet hat, wie er in der Regierung war. Und zum anderen, weil aus der No-Win-Situation Konsequenzen des Kosovo gezogen wurden. Dies belegt der erfolgreiche Einsatz in Mazedonien, wo ein Krieg durch ein frühzeitiges Eingreifen verhindert wurde. Militär allein hätte dies nicht bewältigen können – ohne die Perspektive einer langfristigen ökonomischen Integration nach Europa hätte dieser Einsatz nicht zur erfolgreichen Lehre aus dem Kosovo-Dilemma werden können.

Deutsche Interessen in seiner Politik zu berücksichtigen, heißt gerade nicht, diese zu verabsolutieren, sondern heißt zunächst sich ehrlich zu machen – und es erfordert, diese Interessen kritisch zu hinterfragen. Eine Reduktion Internationaler Politik auf deutsche Interessen gerät sehr schnell zur Apologetik bestehender Verhältnisse, die etwa die Russlandpolitik der vergangenen Jahre zumindest in der öffentlichen Wahrnehmung prägte.

Die Wiederherstellung der Staatlichkeit in Russland, die Überwindung eines mafiösen Kapitalismus ist im überragenden Sicherheits- und im ökonomischen Interesse Deutschlands. Dass aber die Wiederherstellung der Staatlichkeit zum Preis eines permanenten Ausnahmezustands keine mittelfristige Stabilität und wirtschaftliche Entwicklung sichern kann, ist ebenso unbestreitbar. Dauerhafte ökonomische Stabilität gibt es nur dort, wo Demokratie und Menschenrechte gesichert sind.

Annans Freiheiten

Wenn Kofi Annan 2005 in seinem Bericht an die Generalversammlung von drei Freiheiten spricht, der *Freiheit in Würde zu leben*, der *Freiheit von Frucht* und der *Freiheit von Not* dann kann dies als Richtschnur für eine wertegeleitete deutsche Interessenpolitik betrachtet werden. Auch eine grüne Außenpolitik hat sich daran zu orientieren, ob sie in der Lage ist, diese Freiheiten zu sichern.

Vom Ende des Unilateralismus

Es gilt, eine einfache Feststellung zu treffen: der Unilateralismus ist gescheitert. Keine Macht der Erde – auch nicht die einzig verbliebene Großmacht USA – werden eine der globalen Herausforderungen im Alleingang bewältigen können: weder die globale Herausforderung des Terrorismus, noch die Überwindung der globalen Armut, weder global wachsende Organisierte Kriminalität oder der Kampf gegen zerfallende Staaten können im Alleingang bewältigt werden.

Irak und neue Orientierung der USA

Das Scheitern des Unilateralismus hat nirgends in ein solches Desaster geführt wie im Irak. Der Krieg der USA hat eine neue Operationsbasis für terroristische Aktionen geschaffen. Heute steht der Irak am Rande eines Bürgerkriegs, der Nahe Osten ist destabilisiert, die Energiesicherheit gefährdet und ausgerechnet mit dem Iran jenes Land gestärkt, auf das all jene Behauptungen zutreffen, die beim Irak die verlogenen Vorwände der *NeoCons* waren, einen Krieg zu Ende zu führen, um dessen Sieg sie sich Anfang der 90er Jahre betrogen fühlten.

Heute stehen die USA in dem Dilemma am liebsten dort abziehen zu wollen und es nicht zu können. Der Rest der Welt aber, der sie vom Krieg nicht abzuhalten vermochte, kann sich nicht wünschen, dass sie einfach abziehen. Es gibt keine Alternative dazu, den Irak zu stabilisieren – für Europa ist dies schon allein aufgrund der Nähe eine Frage elementarer Sicherheit.

Das Irak-Desaster wird in den USA eine neue Diskussion, wenn nicht gar Neuorientierung über die Schwerpunkte der eigenen Außenpolitik auslösen. Sie wird, angesichts der globalen Verflechtungen nicht in einem neuen Isolatismus enden. Aber sie kann eine Wegorientierung von Europa und eine Schwerpunktsetzung mit Blick auf die neuen Akteure in Asien und Südame-

rika zur Folge haben. Ökonomisch sind Länder wie China, Indien, Brasilien für die USA mindestens von dem Interesse, wie es Europa ist.

Vor dem Hintergrund, dass neben der EU der US-Markt für die deutsche Industrie immer noch der wichtigste ist, liegt es auf der Hand, dass eine Abwendung der USA von Europa, das Schmieden gar von Bündnissen gegen die EU nicht im deutschen Interesse ist. Die Pflege und Stärkung der transatlantischen Bindungen deshalb ebenso. *To keep the Americans in* – so eine vielzitierte Funktion der NATO – begrenzt innerhalb Europas zudem eine potentielle Rivalität um den Führungsanspruch innerhalb der EU und trägt so zur Stärkung des Multilateralismus bei.

Iran und die Folgen

Der Konflikt um das Atomprogramm im Iran zeigt aber auch, dass eine solche Orientierung allein nicht hinreichend ist. Das Problem, dass Schwellenländer die nukleare Option über die Anreicherung und über die Wiederaufarbeitung als eine zivil-militärische Rückversicherung ansehen, ist nicht auf den Iran beschränkt. Die Haltung, dass man nur etwas ist und ernst genommen wird, wenn man über die (potentielle) Fähigkeit zur Bombe verfügt, eint Indien, Brasilien wie Südafrika. Sie bewegen sich damit in der gleichen Logik, wie die USA, Russland und China.

Der Konflikt um das Atomprogramm des Iran kann dauerhaft nur mit zivilen Mitteln gelöst werden. Lösungen im Alleingang begleitet von bloß bilateralen Koalitionen sind nicht denkbar. Dabei wird man dem Iran nicht dauerhaft sein Recht nach dem Atomwaffensperrvertrag vorenthalten können. Ein befristetes Aussetzen der (kommerziellen) Anreicherung und die Einleitung eines Prozesses, Urananreicherung generell und nicht nur für den Iran zu internationalisieren, könnten einen Ausweg bieten. Dieser wird aber von Europa nur zusammen mit Russland und China unter Zustimmung der USA gegangen werden können. Denn ohne entsprechende Sicherheitsgarantien der USA, wird sich der Iran auf eine solche Lösung nicht einlassen.

Gerade weil es dafür eines Ausbaus des multilateralen Nichtverbreitungsregimes bedarf, war der bilaterale US-Indien-Atomdeal für eine friedliche Lösung des Iran-Konflikt ein herber Rückschlag – belegte er doch den Eindruck, dass in dieser Welt unterschiedliche Standards für unterschiedliche Staaten gelten.

Terrorismus und die Herrschaft des Rechts

Doppelte Standards sind es auch, die einem vermeintlichen Kampf der Kulturen seine Legitimation verschaffen. Weniger die durchgehend humorfreien Karikaturen aus Dänemark als die Bilder von *Guantanamo* und *Abu Greib* waren es, die Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in den Augen vieler Muslime desavouiert haben.

Der Kampf gegen den Terrorismus und Organisierte Kriminalität kann nur Erfolg haben, wenn Grund- und Menschenrechte geachtet, rechtsstaatliche

Verfahren eingehalten und doppelte Standards vermieden werden. Illegale Festnahmen, die Einrichtung geheimer Gefängnisse und Folter zerstören die Glaubwürdigkeit der Demokratien. Einen Menschenrechtsrabatt im Anti-Terrorkampf darf es nicht geben. Stattdessen müssen internationale und regionale Menschenrechtsschutzsysteme gestärkt werden, auch um mehr präventive Wirkung zu entfalten. Deshalb ist die Einführung eines Menschenrechtsrats durch die UN zu begrüßen. Der Internationale Strafgerichtshof bedarf internationaler Unterstützung und Akzeptanz ohne Ausnahmen für einen oder mehrere Staaten.

Allerdings gibt es bei den Grünen im Kampf gegen den Terrorismus noch keine eigenständige Konzeption, die eine umfassende Alternative zum *war on terror* darstellt und sich dabei auch nicht vor den harten Seiten dieser Auseinandersetzung drückt.

Freiheit in Würde zu leben

Die universale Geltung der Menschenrechte ist die Voraussetzung für die Freiheit in Würde zu leben – und die erste Voraussetzung für eine Bewältigung des Migrationsproblems. In ihrer Menschenrechtsorientierung ist die Außenpolitik der Grünen auf der Höhe der Zeit. Der Verzicht auf blinde Flecken – sei es beim Blick auf den Nahen Osten, die Politik der USA, die Politik Russlands oder Chinas, die Situation in Liberia oder in Kuba hat sich als tragfähig und über den Tag hinaus belastbar erwiesen. Grüne haben aber einen deutlichen Nachholbedarf in der Konzeption einer umfassenden Bekämpfung des Terrorismus.

Multilateral statt multipolar

Auf der Münchener Sicherheitskonferenz offenbarte sich ein deutlicher Meinungsunterschied zwischen den Parteien der Großen Koalition. Zwar vertritt Angela Merkel heute nicht mehr wie 2002 beim Irak-Krieg eine Haltung bedingungsloser Unterstützung der USA. Anders aber als Frank-Walter Steinmeier definierte die Kanzlerin eine Hierarchie der Einbindung Deutschlands in multilaterale Organisationen. Und da kam bei ihr die NATO auf den ersten Platz und erst später die EU und noch später die Vereinten Nationen.

Man kann darüber streiten, ob eine solche Hierarchisierung überhaupt einen Sinn macht. Aber die Politik des *Nato First* ist nicht im deutschen Interesse. Nicht nur, weil die Deutschen in der NATO nicht die Rolle spielen (*to keep the Germans down*) wie etwa in der EU. Nein, die damit einhergehende Abwertung der UN verfehlt die eigentliche Herausforderung.

Ende des Unilateralismus heißt nämlich nicht automatisch Stärkung des Multilateralismus. Die sichtbarste Reaktion der USA auf das Scheitern des Unilateralismus ist doch die erneute Stärkung eines multipolaren Politikansatzes, von taktischen bis zu strategischen Bündnissen mit den Starken anderer Regionen.

Dies ist zunächst ein Problem für die Schwachen. Wenn sich die USA und Kanada mit Brasilien und Argentinien über den Agrarhandel einigen, wird

nicht Europa der Leidtragende sein, sondern Afrika. Bilaterale Handelsregimes, unterschiedliche Marktzugänge sind nicht im Interesse einer Exportnation wie Deutschland, das für sich nicht in der Lage ist, solche multipolaren Prozesse für sich zu gestalten. Gerade ein in der EU eingebundenes Deutschland muss anstelle von Multipolarität auf einen effektiven Multilateralismus setzen.

Effektiver Multilateralismus fordert, dass die globalen Entscheidungs- und Handlungsfähigkeiten in der ganzen Bandbreite der multilateralen Gremien stärken müssen. Für die Förderung von Frieden, Sicherheit, Entwicklung und Menschenrechten muss die Reform der Vereinten Nationen weiter vorangetrieben werden. Es muss die EU handlungsfähiger werden und wir müssen uns den globalen Herausforderungen ehrlicher stellen.

UN Reform

Die Reform der UN ist oft allzu leichtfertig auf die Erweiterung und Reform des Sicherheitsrates – dem wichtigsten Entscheidungsgremium der Vereinten Nationen reduziert worden. Vergessen wurden die anderen Vorschläge, die UN durchgehend handlungsfähiger zu machen, ihre Kapazitäten in der Entwicklungs- und Umweltpolitik zu stärken, all das findet sich im Bericht des Generalsekretärs an die Generalversammlung.

Die Reform darf nicht in einer vermeintlichen Sackgasse stehen bleiben. Auch nicht die Reform des Sicherheitsrats. Sie spielt gerade für die Einbindung der neuen Akteure und die Herausbildung eines effektiven Multilateralismus eine zentrale Rolle. Vor allem kommt es darauf an, dass bisher nicht repräsentierte Weltregionen – Afrika, Lateinamerika – dauerhaft im Sicherheitsrat vertreten sind. Daneben sollten aber auch mehr leistungsfähige Länder wie Deutschland und Japan in stärkere Verantwortung genommen werden.

Die Vereinten Nationen stärken ist ein Bekenntnis für umfassende Sicherheit, die sich wegen der Vielfalt von Konfliktursachen und Bedrohungen auf ein breites Spektrum von Instrumenten stützt.

Eine handlungsfähige EU

Effektive multilaterale Lösungen ob beim Klimaschutz oder beim Welthandel sind nicht denkbar ohne ein handlungsfähiges Europa. Doch trotz aller unbezweifelbaren Erfolge der europäischen Integration erscheint die EU derzeit seltsam ziellos. In einer Situation, wo sie ihre vielfach unterschätzte friedensstiftende Funktion gerade mit Blick auf Mittel- und Osteuropa sowie auf dem Balkan unter Beweis stellt, mangelt es ihr an einer Vision und an Legitimation. Gerade im Moment ihrer großen Leistung, dem Beitritt der 10 Staaten Mittel- und Osteuropas, offenbart sich eine zunehmende Entfremdung der Bürgerinnen und Bürger von der EU, ihrer Institutionen und Politiken.

Diese Entfremdung hat vielfältige Gründe – alte wie neue, politische wie ökonomische. Es gibt das alte Legitimationsdefizit, aber auch neue Ängste – und es gibt eine verstärkte politische Strömung innerhalb von Rat, Kommission

und seit jüngstem auch dem Parlament, die dieses Legitimationsdefizit verschärfen und die Ängste verstärken. Mit der deutschen EU Präsidentschaft im nächsten Jahr haben wir eine besondere Verantwortung, die Handlungsfähigkeit Europas und damit auch die multilaterale Handlungsfähigkeit insgesamt zu stärken.

Die Überwindung der Krise der EU ist von zentraler Bedeutung, Die Einbindung Deutschlands in die Europäische Union ist die Grundvoraussetzung für eine normative Interessenpolitik. Will die EU ihre Krise, die in der Blockade des Verfassungsvertrages zeigt, überwinden, darf sich nicht darin verharren, wir verweigern jede Erweiterung. So richtig es ist, dass weitere als die laufenden Beitritte ohne eine institutionelle Reform nicht mehr zu managen sind, so wahr ist es auch, dass sich die EU ohne eine Beitrittsperspektive und neue Formen der Nachbarschaft ihrer zentralen Legitimation entledigte – des Stifens und des Sicherns von Frieden in Europa.

Die EU wird nicht als bloßer Binnenmarkt mit finanziellen Transaktionen zugunsten der gerade beigetretenen Staaten funktionieren, wie es der polnische Präsident vorstellt. Europa muss auch in seinem Innern eine Antwort auf die Globalisierung geben. Diese kann nicht in einer bloßen Apologetik von Angebot und Nachfrage bestehen, sondern in einer politischen Gestaltung der Rahmbedingungen des Marktes durch die Gesellschaft.

Schließlich überheben sich nicht nur Polen sondern alle Mitgliedstaaten der EU, wenn sie meinen, jeder für sich könne die globalen Probleme der Energiesicherheit oder der zerfallenden Staaten und privatisierenden Kriege bewältigen.

Zerfallende Staaten und die Reform der Bundeswehr

Die Vereinten Nationen zu stärken ist auch ein Bekenntnis für umfassende Sicherheit, die sich wegen der Vielfalt von Konfliktursachen und Bedrohungen auf ein breites Spektrum von Instrumenten stützt. In rund 40 Einsätzen sorgen heute die Vereinten Nationen für Sicherheit und versuchen dem Zerfall von Staaten nach Krieg und Bürgerkrieg mit einer Politik der Stabilisierung und der Demokratisierung entgegen zu wirken. Nach bitteren Erfahrungen sind die meisten dieser Friedenseinsätze mit einem Mandat nach Kapitel 7 der UN-Charta unterlegt. Und dennoch handelt es sich fast immer um (robusten) Friedenserhalt und nicht um Friedenserzwingung.

Diese Konflikte werden eher zu- als abnehmen. Mit der Globalisierung globalisiert sich nicht nur das Lebens- und Produktionsmodell des ehemaligen Nordens. Es globalisiert sich Armut und Reichtum. Die Herausbildung einer globalen Klassengesellschaft samt einer neuen Spaltung der Welt schafft ganze Regionen ohne Perspektive. Neben der wachsenden Konkurrenz um Lebensmittel wie Wasser und Rohstoffe führt dies zu zerfallenden Staaten sowie kriegerischen Entwicklungen. Diese lassen oft zivilgesellschaftliches Gegensteuern – von der Entwicklungshilfe über Entschuldung - ins Leere laufen.

Auf diese Herausforderungen ist Europa, ist Deutschland nicht hinreichend vorbereitet. Trotz des Engagements etwa in Afghanistan, wo Europäer die

Sicherheit der afghanischen Autorität unterstützen und so einen Beitrag leisten für die Wiederherstellung zuverlässiger und rechtsstaatlicher Strukturen. Aber schon im Kongo stößt die 250 000-Soldaten-Armee Bundeswehr an ihre Grenzen, wenn sie zwei Kompanien für vier Monate zusätzlich zu 17 000 MONUC-Soldaten abstellen soll. Der Umbau der Bundeswehr von einer Heimatverteidigungsarmee zu einem Instrument einer multilateralen globalen Sicherheitspolitik in europäischer Einbindung und unter dem Dach der Vereinten Nationen muss beschleunigt werden.

Grüne müssen deshalb den Abschied von Wehrpflichtarmee und der Umbau der Bundeswehr in den Mittelpunkt ihrer sicherheitspolitischen Aktivitäten stellen. Denn auf Dauer kann man die aktuell rund 40 Friedensmissionen nicht allein von Soldaten aus Entwicklungsländern bewältigen lassen.

Das sehen nicht nur Grüne sondern inzwischen viele Nichtregierungsorganisationen so. Selbst die PDS wird sich auf Dauer friedensbewahrenden Einsätzen nicht verweigern können. Sie macht sich lächerlich, wenn sie selbst gegen unbewaffnete Militärbeobachter im Sudan stimmt, nur weil das zugrunde liegende Mandat auf dem Kapitel 7 der UN-Charta beruht. Der klügere Teil ihrer Führung hat dies erkannt- und deshalb klammheimlich den Widerstand gegen die Darfour-Mission der Bundeswehr aufgegeben.

Wenn die Herausforderungen von morgen für das Militär in friedensbewahrenden, multilateralen Einsätzen bestehen, muss es eine gestärkte europäische Außenpolitik geben. Für eine europäische Außenpolitik bedarf es des Verfassungsvertrages.

Wir müssen dies aber auch zu Ende denken. Ist es dann noch sinnvoll, Rüstungspolitik als nationale Industriepolitik zu betrachten – oder muss diese nicht ebenfalls europäisiert werden? Betreibt man nicht andernfalls eine Fehlallokation volkswirtschaftlicher Mittel – um dann unabweisbare Aufgaben nur durch Ankauf von Transportkapazität etwa in den USA oder der Ukraine bewältigt werden können?

Freiheit von Furcht

Globale Sicherheit und Frieden bedürfen handlungsfähiger multilateraler Institutionen. Deshalb muss die Reform der Vereinten Nationen vorangetrieben werden. Es bedarf eines handlungsfähigen gemeinsamen Europas. Gerade mit Blick auf die deutsche EU-Präsidentschaft muss die Blockade in der Verfassungsfrage durchbrochen werden. Aber eine europäische Außen- und Sicherheitspolitik setzt dann auch eine tatsächliche Europäisierung wie eine konsequente Reform der Bundeswehr voraus. Wir sollten deshalb die Abschaffung des Wehrdienstes und einen Ausbau der Zivilen Krisenprävention in den Mittelpunkt unserer Friedenspolitik stellen.

Gerechte Globalisierung gestalten

Globalisierung hat es schon vor dem Kapitalismus gegeben – sie war sogar die Voraussetzung für die Herausbildung des Kapitalismus in Europa. Das jetzige

Stadium der Globalisierung aber zeichnet sich durch eine drastisch veränderte Rolle des Nationalstaates aus. War es im 19. und 20. Jahrhundert die ökonomische Rolle des Staates als ideeller Gesamtkapitalist, dem Gesamtinteresse einer Volkswirtschaft gegenüber dem betriebswirtschaftlichen Vorteil zum Durchbruch zu verhelfen, so fehlt genau diese Instanz in einem grenzenlos globalisierten Kapitalismus.

Es ist aber im Gesamtinteresse einer globalisierten Ökonomie, dass die Polarisierungen zwischen Arm und Reich, die Konkurrenz um knapper werdende Ressourcen nicht zu immer mehr politischen wie ökonomischen Krisen wie Kriegen führt. Im Europa des 19. Jahrhunderts war es der Staat, der die Kinderarbeit verbot. Das war menschlich und ökonomisch vernünftig. Wer sorgt heute global für die Demobilisierung der zehntausenden von Kindersoldaten?

Gerechte Globalisierung muss zu dem Oberthema grüner Internationaler Politik werden. Die nachhaltige Gestaltung von globaler Freiheit, globaler Sicherheit und globalem Wohlstand ist eine Herausforderung – aber es ist auch ein Mobilisierungsthema, das breit in der Partei und ihrer Basis getragen wird.

Die Entwicklungsziele der Vereinten Nationen bieten Ansatz und Richtschnur für mehr Gerechtigkeit wie sie eine globale ökonomische Realität ausdrücken. Eine Umsetzung würde große Fortschritte bei der Überwindung von Hunger, extremer Armut, Krankheiten, Analphabetismus, der Diskriminierung von Frauen und globaler Umweltzerstörung bedeuten.

Armut überwinden

Wir müssen uns darauf konzentrieren bis 2015 den Anteil der Menschen, die von weniger als einem 1 \$ pro Tag leben, zu halbieren, die Zahl der Menschen, die keinen Zugang zu sauberem Wasser haben, zu halbieren. Zwei Mrd. Menschen leben ohne Elektrizität. Entwicklung bedarf des Zugangs zu moderner Energie.

Dies geht nur, wenn die Industrieländer ihre Anstrengungen in der Entwicklungshilfe steigern. Grüne werden die Erreichung des 0,7 % Ziels bis 2015 durch Deutschland in den Mittelpunkt ihrer internationalen Politik stellen. Hier bedarf es neben direkten Hilfen und weiterem Schuldenerlass der Entwicklung neuer Finanzierungsinstrumente. Devisentransaktionssteuer, Ticketabgabe, Abbau von Steuersubventionen oder auch die Einbeziehung des Luftverkehrs in den Emissionshandel müssen auch gerade in Blick auf Ihre Umsetzbarkeit priorisiert werden.

Für Entwicklungsländer bedeutet dies, Reformen im eigenen Land voranzubringen. Für die entwickelten Staaten bedeutet das neben verstärkten Anstrengungen in der Entwicklungspolitik, jetzt vor allem in der Handelspolitik den Worten Taten folgen zu lassen. Selbstverständlich spiegelt die Welthandelsorganisation (WTO) die globalen Machtverhältnisse wieder. Aber in verrechtlichter Form. Die Alternative zur Multilateralität der WTO ist nicht die Aufhebung dieser Machtverhältnisse, sondern ihre Durchsetzung mit dem Faustrecht.

Dagegen bietet die WTO die notwendigen Rahmenbedingungen, um Regeln zur Gestaltung der wirtschaftlichen Globalisierung fortzuschreiben und durchzusetzen. Deutschland muss sich dafür einsetzen, dass die EU das Versprechen einlöst, eine Entwicklungsrunde auf den Weg zu bringen. Hier ist die Leistungsfähigkeit der Entwicklungsländer zu berücksichtigen, die Märkte der Industrieländer müssen geöffnet und handelsverzerrende Subventionen abgebaut werden. Hiervon würde auch Deutschland erheblich profitieren.

Ohne Ökologie keine Überwindung der Armut

Ökologie ist kein Luxus, der auf Wirtschaftswachstum folgt. Ökologie ist eine Grundvoraussetzung für Entwicklung. Die Bekämpfung der Armut und der Erhalt der Umwelt gehören unmittelbar zusammen. Ohne Zugang zu sauberem Wasser kein Entwicklung.

Mittlerweile sind mehr Menschen in Folge von Umweltzerstörung auf der Flucht als in Folge von (Bürger-)Kriegsursachen. Weltweit nehmen die CO₂-Emissionen zu, die biologische Vielfalt geht zurück, das Süßwasser wird knapper, fruchtbare Böden gehen verloren. Am stärksten sind von diesen Trends Entwicklungsländer betroffen. Der überwiegend vom Norden zu verantwortende Klimawandel zerstört und behindert Entwicklung im Süden.

Auf der anderen Seite ist mit dem Kyoto-Protokoll ein völkerrechtliches Instrument entstanden, das erstmalig dreiviertel der Hauptverursacher des anthropogenen Klimawandels unter einen Deckel zwingt. Dieses Instrument für ein mehr an globaler, ökologischer Gerechtigkeit gilt es auszubauen. Dies wird nur gelingen, wenn sich nicht die USA weiter hinter China und umgekehrt verstecken können. Deshalb muss das Protokoll weiter entwickelt werden.

Gerade in ökonomisch stark expandierenden Staaten, wie in China, nehmen Umweltprobleme rapide zu. Das chinesische Umweltministerium hat belegt, dass große Teile des jährlichen Wachstums durch die Kosten für die Beseitigung dabei entstehender Umweltschäden wieder aufgeessen werden.

Schwellenländer – die neuen Akteure

Wenn sich das Konsum und Produktionsmodell der Industrieländer globalisiert, brauchen wir strategische Partnerschaften mit Ländern wie China, Indien und Brasilien, nicht nur, um deren Umwelt- und Ressourcenschutz zu verbessern. Es geht darum, eine Entwicklung einzuleiten, die die Fehler der fordistischen Industrialisierung Nord-Amerikas, Europas und Japans mindert und ohne Umwege in eine ressourcenleichte, erneuerbare Entwicklung führt.

Gegenüber den neuen Akteuren aus den Schwellenländern hat grüne Außenpolitik ein Defizit. Zu lange haben wir diese Länder unter der Kategorie Entwicklungsländer abgebucht. In Cancun offenbarte sich, dass Brasilien sich zwar als Vertreter der 3. Welt in der WTO ausgab – unter diesem Label aber höchst eigene Interessen gerade gegenüber armen Ländern verfolgte. China-Politik kann man nicht auf den Tibet-Konflikt und die permanente Missach-

tung elementarer Menschenrechte reduzieren. Und Indien ist mehr als ein Atomprogramm.

Die neuen Akteure betreiben eine selbstbewusste Interessenpolitik und sind gleichzeitig Wettbewerber und interessante Märkte. Sie bilden Zweckbündnisse untereinander aber auch mit alten Industrienationen – im Zweifel auch zu Lasten der Bevölkerung in weniger entwickelten Ländern.

Es wird die Herausforderung für eine grüne Außenpolitik sein, ausgehend von einem menschenrechtlich orientierten Politikansatz eine auf nachhaltige Entwicklung zielenden Interessenpolitik gegenüber diesen neuen Akteuren zu entwickeln.

Schlüsselfrage Energie

Eine Schlüsselfrage dafür ist die Energiepolitik. Deutschland hat, was Erneuerbare und Effizienztechnologie als Weltmarktführer bei Wind, Fotovoltaik aber auch in der Kohletechnologie angeht, gerade für Schwellenländer einiges zu bieten. Die Nachfrage nach Erdöl wächst weltweit dramatisch, insbesondere durch Energiezuwächse in den Schwellenländern China und Indien. Dies hat außen-, entwicklungs- und sicherheitspolitische Konsequenzen.

Sicherheitspolitische Konsequenzen, da die Erdölförderung überwiegend in politisch instabilen Ländern stattfindet. Öl- und Gaspipelinebau sind vom Iran bis zum Sudan schon heute nur noch militärisch abgesichert organisierbar. Lizenzzahlungen internationaler Konzerne an die Regierungen werden in vielen Fällen dazu verwendet, bestehende Konflikte weiter zu führen und massive Menschenrechtsverletzungen zu begehen

Außenpolitische Konsequenzen, denn rohstoffreiche (ölreiche) Länder können trotz erheblicher politischer Schwächen, Korruption und massiver Verstöße gegen die Menschenrechte, weiterhin auf Investitionen in Milliardenhöhe setzen. Man schaue auf China und den Sudan, auf die USA und die kaspische Region.

Entwicklungspolitische Konsequenzen, da die gestiegene Ölrechnung eine nachhaltige Entwicklung erschwert. Fortschritte durch Entschuldung und wirtschaftliches Wachstum werden zunichte gemacht. Die gestiegenen Ölpreise haben Afrika mehr Devisen gekostet, als an Entwicklungshilfe geflossen ist.

Ein Rückgriff auf die Atomenergie zur Minderung der Ölabhängigkeit ist nicht vertretbar. Atomkraft kann Öl nicht ersetzen. Neben den bekannten Problemen bei Kernschmelze und Atommüll, verschärfte sich vor allem auch das Risiko der Proliferation von Nuklearwaffen und führte zu einer regionalen und internationalen Destabilisierung, bis hin zur Gefahr terroristischer Angriffe.

Heute spricht selbst George W. Bush davon, dass Amerika „süchtig“ nach Öl sei. Energiepolitik, Versorgungssicherheit rücken ins Zentrum internationaler Politik. Dies ist auch eine Chance für den Klimaschutz und kann eine Brücke sein, die USA einzubeziehen. Grüne müssen sich da nicht verstecken. Sie ha-

ben mit der in Deutschland eingeleiteten Energiewende frühzeitig die Grundlage für eine Politik *Weg vom Öl* gelegt.

Versorgungssicherheit ist erneuerbar, energieeffizient und energiesparend. Die Umsetzung des Aktionsplans der Weltkonferenz für Erneuerbare Energien von 2004 soll eine halben Milliarde Menschen bis 2015 Zugang zu moderner Energie verschaffen. Die erste Möglichkeit hier Bilanz zu ziehen ist im Mai 2006 bei der Sitzung der *Commission on Sustainable Development* der UN in New York.

Energiepolitik steht im Zentrum der deutschen EU-Präsidentschaft. Verbindliche europäische Ziele zum Ausbau Erneuerbarer Energien und zur Energieeinsparung sind ebenso notwendig wie eine Ausdehnung des Emissionshandels. Dafür bedarf es aber einer Europäisierung der Energiepolitik. Stattdessen hält die Bundesregierung das nationale Letztentscheidungsrecht von *RWE*, *EOn*, *EnBW* und *Vattenfall* hoch.

Energiepolitik wird auch die Deutsche G8-Präsidentschaft prägen. Es wird entscheidend um die Frage gehen, gibt es ein neuen kalten Krieg zwischen den Lieferanten und den Nachfragern – das ist das Modell einer Energie-NATO wie von Polen gefordert – oder ein neues Miteinander. Eine gerade für Europas Sicherheit entscheidende Frage. Es wird unsere Herausforderung sein, die Frage der Energiepolitik nicht nur parlamentarisch sondern gerade zum Thema bei den Aktionen zum G8-Gipfel 2007 in Heiligendamm zu machen.

Freiheit von Not

Die Verwirklichung der Millenniumsziele muss in den Mittelpunkt unserer Politik zu Gestaltung der Globalisierung gestellt werden. Neue Finanzierungsinstrumente müssen aus der Ecke einer Spezialistendiskussion rausgeholt werden. Aber wir werden eine grüne Politik entwickeln müssen gerade gegenüber den neuen Akteuren. Freiheit von Not aber bedeutet auch Zugang zu Energie.

Grüne Werte und deutsche Interessen

Grüne Werte und deutsche Interessen zusammen zu bringen, ist möglich. Internationale Politik der Grünen war in ihrer menschenrechtlichen Orientierung schon in früheren Oppositionszeiten wegweisend. Grüne haben sich in der Friedens- und Sicherheitspolitik bitteren Konflikten gestellt, Entscheidungen getroffen und aus ihren Konsequenzen gelernt. Grüne Themen – von der Überwindung der Armut, einer globalen Umweltpolitik bis zur Energiesicherheit – haben eine brennend hohe Aktualität. Diese Probleme haben deshalb brennend hohe Aktualität, weil ihre Lösung von vitalem Interesse für Deutschland ist – wie für alle anderen Staaten.